Helaba

Im Fokus: Finanzplatz Frankfurt
28. Juni 2021

- → Besondere Zeiten am Finanzplatz Frankfurt
- → Finanzmarktregulierung der EU in Relation zu Großbritannien
- → Status Quo bei der Frankfurter Bankbeschäftigung
- → Prognose für Brexit-Banken und Bankbeschäftigung in Frankfurt

Deutsches Bankenzentrum unter Brexit-Einfluss



Ulrike Bischoff
Tel. 0 69/91 32-52 56

Zusammenfassung

Am Finanzplatz Frankfurt herrschen besondere Zeiten mit Herausforderungen wie andauernden Niedrigzinsen, zunehmender Digitalisierung und Pandemie. Gleichzeitig stellt der Brexit mit der unumgänglichen Umstrukturierung vieler Londoner Institute eine Chance für den hiesigen Bankensektor dar. Schließlich haben die Brexit-Banken schon bald nach dem Referendum Frankfurt als Favorit auserkoren und mit ihren Geschäftsverlagerungen von der Themse an den Main begonnen. Mittlerweile gibt es hier etliche EU-Zentralen von Auslandsbanken, die auch durch großvolumige Transfers von Vermögenswerten zunehmend Bedeutung erlangen. Mit nachlassenden Pandemie-Beschränkungen und auch aufgrund anhaltenden Drucks seitens der EZB kommt es nun wieder zu vermehrten Personalaufstockungen im Rahmen der mehrjährigen Umstrukturierungspläne – teils durch Verlagerung bisheriger Mitarbeiter und teils durch neue Rekrutierungen vor Ort.

Unsere Prognose eines mehrjährigen Beschäftigungsimpulses durch den Brexit für das deutsche Bankenzentrum von insgesamt 3.500 Stellen gilt weiterhin. Mit seiner besonderen Rolle für Brexit-Banken kann Frankfurt in diesem und im nächsten Jahr insgesamt mit rund 1.500 neuen Jobs rechnen. Mittelfristig sind Nachjustierungen der Personalkapazitäten in Abhängigkeit von der sich individuell entwickelnden Geschäftsausrichtung und von der regulatorischen Ausgestaltung zu erwarten.

Die Regulierung von Finanzdienstleistungen zwischen der EU und Großbritannien ist ein ähnlich zäher Prozess wie der Brexit selbst. So ist eine umfassende Äquivalenzregulierung der EU für Großbritannien in näherer Zukunft wenig wahrscheinlich, auch einzelne Äquivalenzentscheidungen sind ungewiss. Dies würde bedeuten, dass britische Richtlinien mit denen der EU als gleichwertig anerkannt würden. Perspektivisch besteht das Risiko von Regulierungsarbitrage. Schließlich bietet der Brexit die Gelegenheit, schon länger als unpassend erachtete Regelungen nun für den eigenen Markt zu verändern. Abhängig von Regulierungsmodifikationen auf beiden Seiten, die zur Vermeidung eines schadhaften Wettstreits für alle Beteiligten mit Augenmaß geschehen sollten, wird sich die europäische Finanzplatz-Architektur mittel- bis langfristig verändern.

Trotz des positiven Effektes durch den Brexit wird die Beschäftigung am deutschen Bankenzentrum in den nächsten Jahren zurückgehen. Dafür sorgt die anhaltende Konsolidierung, die durch die Corona-Krise noch verstärkt wird. Die weiterhin herausfordernden Rahmenbedingungen sprechen für eine deutliche Reduktion der Bankbeschäftigung in den kommenden Jahren. Für Ende 2023 erwarten wir einen Stand von etwa 62.200 Mitarbeitern in den Frankfurter Banken, was 3.300 bzw. 5 % weniger sind verglichen mit dem letzten verfügbaren Datenstand von Herbst 2020. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Verlauf von 2020 trotz angekündigter Sparprogramme mehrerer Institute noch zu einem überraschenden Anstieg der Frankfurter Bankbeschäftigung gekommen war. Das deutsche Finanzzentrum sollte nun seinen Herausforderungen und Chancen entschlossen begegnen. Zur erfolgreichen Weiterentwicklung im internationalen Wettbewerb sind eine selbstbewusste, konzertierte Vermarktung und das Vorantreiben zentraler Trends in der Finanzbranche wichtig – allem voran „Sustainable Finance“.

Besondere Zeiten am Finanzplatz Frankfurt

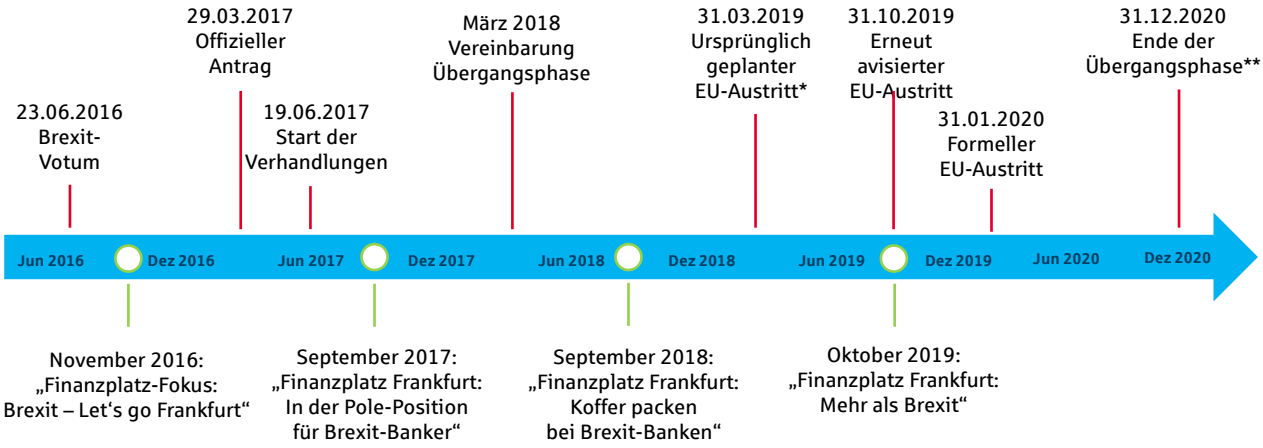
Das Finanzplatz-Research der Helaba gibt es mittlerweile seit 15 Jahren. [1] Unsere Studien haben wir verschiedenen Schwerpunktthemen gewidmet und auf diese Weise das deutsche Finanzzentrum in seiner Fortentwicklung aktiv begleitet. Zentrale Komponenten dieses Researchs sind unsere Finanzplatz-Kriterien, Umfragen unter Auslandsbanken und insbesondere die Prognose der Frankfurter Bankbeschäftigung.

Mit der Corona-Pandemie herrscht seit nunmehr eineinhalb Jahren eine Sondersituation, deren Verlauf maßgeblich Konjunktur und Finanzplatz prägt. Ohnehin ist es eine herausfordernde Zeit für die deutsche Bankenbranche, die sich in der zunehmend digitalen Geschäftswelt in einem intensiven Wettbewerb befindet und zudem mit andauernden Niedrigzinsen konfrontiert ist. Die Auswirkungen der epidemiologischen und damit zusammenhängend makroökonomischen Entwicklung auf die Ertragslage der Banken stellt somit eine zusätzliche Belastung dar, die sich zeitverzögert noch mehr bemerkbar machen dürfte. Auch wenn dank immer mehr Impfungen hoffentlich eine dauerhafte Eindämmung der Pandemie gelingt, hinterlassen deren gesamtwirtschaftlichen Folgen Spuren am deutschen Finanzzentrum.

Gemäß jüngster Einschätzung des Ausschusses für Finanzstabilität (AFS), der in Folge der Finanzkrise aus Vertretern von Bundesfinanzministerium, Bundesbank und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) gebildet wurde, ist der hiesige Finanzsektor dank verbesserter Kapitalausstattung bislang gut durch die Corona-Krise gekommen. Allerdings ist die Unsicherheit über das tatsächliche Ausmaß der Verluste im Unternehmenssektor und damit den im deutschen Bankensystem zu verbuchenden Wertberichtigungsbedarf nach wie vor hoch. Insofern bestehen nennenswerte Risiken im nationalen wie auch im internationalen Finanzsystem.

Neben Corona gibt es einen weiteren Sonderfaktor im europäischen Finanzplatzgefüge – den Brexit. Viele sind des Themas nach jahrelangem Hin und Her zuweilen überdrüssig geworden. Doch der Brexit wirkt in mancherlei Hinsicht noch eine ganze Weile nach und liefert damit immer wieder neuen Diskussionsstoff, wie derzeit in puncto Regulierung für Finanzdienstleistungen. So richten wir den Fokus in der vorliegenden Studie erneut auf den Brexit mit seinen Auswirkungen auf das deutsche Bankenzentrum. [2]

Finanzplatz-Studien der Helaba begleiten jahrelangen Brexit-Prozess



* zzgl. weiterem für April 2019 avisierten Austrittstermin, ** Abschluss von Post-Brexit-Vertrag (vorläufige Anwendung bis Inkrafttreten 01.05.21);
Quelle: Helaba Research & Advisory

Schließlich sind Finanzdienstleistungen nicht durch den Post-Brexit-Vertrag abgedeckt, der gerade noch rechtzeitig vor Ablauf der Übergangsfrist Ende 2020 geschlossen wurde und nach mehrmonatig vorläufiger Geltung am 1. Mai 2021 in Kraft getreten ist. Damit wurde der britische EU-Austritt inklusive Agieren ohne EU-Pass für die Londoner Finanzinstitute Realität – nicht wirklich überraschend, aber tatsächlich ohne umfassende Alternativregelung. Zum Jahreswechsel 2020/2021 gab es unmittelbare Reaktionen auf den faktischen Brexit beispielsweise beim Aktienhandel, der in großem Umfang von London an EU-Finanzstandorte abgewandert ist (vornehmlich nach

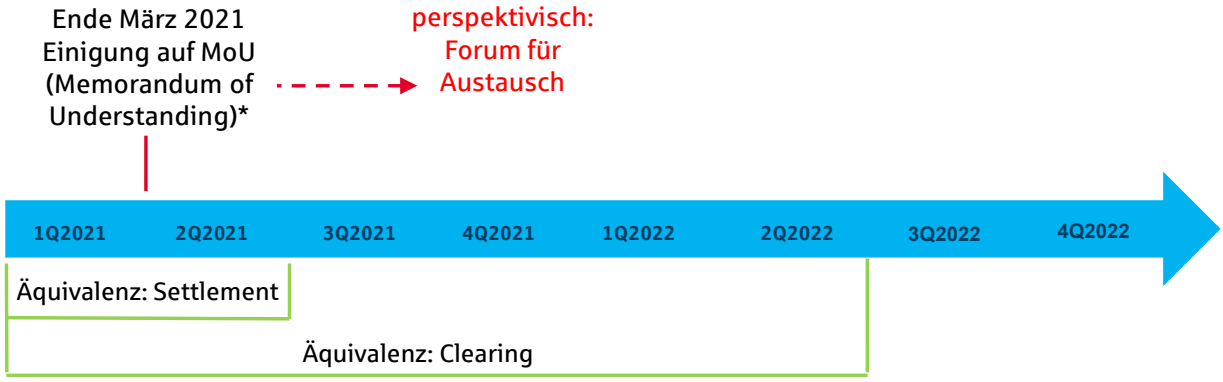
[1] Vgl. Auftaktstudie von Helaba Research & Advisory: „**Finanzplatz Frankfurt – Ein Standort bewegt sich**“ (2006)
[2] Vgl. auch vorherige Brexit-Studien von Helaba Research & Advisory: „**Brexit – Let's go Frankfurt**“ (2016), „**Finanzplatz Frankfurt: In der Pole-Position für Brexit-Banker**“ (2017), „**Finanzplatz Frankfurt: Koffer packen bei Brexit-Banken**“ (2018), „**Finanzplatz Frankfurt: Mehr als Brexit**“ (2019)

Amsterdam). Ebenfalls große Volumina werden weiterhin von etlichen Banken transferiert, und zwar kapitalmarktbezogene Vermögenswerte an Standorte wie Frankfurt, wo nun vermehrt das Geschäft mit EU-Kunden stattfindet. Die Kosten durch diese Doppelstrukturen vieler Akteure sowie die Brexit-bedingten Einbußen im Finanzdienstleistungssektor sind immens. Das letztendliche Ausmaß davon ist allerdings nicht abzuschätzen, solange die grenzüberschreitende Regulierungsbeziehung unklar ist.

Finanzmarktregulierung der EU in Relation zu Großbritannien

Die Regulierung von Finanzdienstleistungen zwischen der EU und Großbritannien ist ein ähnlich zäher, ungewisser Prozess wie der Brexit an sich. Nach monatelangen Gesprächen haben sich die EU und Großbritannien fristgemäß Ende des ersten Quartals 2021 auf eine regulatorische Grundsatzvereinbarung geeinigt (Memorandum of Understanding, kurz MoU). Diese sieht eine freiwillige Kooperation bei der Regulierung von Finanzdienstleistungen vor, soll auf beiden Seiten Transparenz über etwaige Regulierungsanpassungen schaffen und die Unsicherheit für Marktteilnehmer reduzieren. Auch grenzüberschreitende Angelegenheiten könnten mit Blick auf die Finanzmarktstabilität so angegangen werden. Für diesen Regulierungsaustausch ist ein zweimal jährlich stattfindendes Forum geplant – allerdings steht die Unterzeichnung des MoU noch aus. Nach außen hin wurde dafür noch kein Termin avisiert.

Post-Brexit-Ära: Finanzmarktregulierung EU / Großbritannien



* Datum für Unterzeichnung unklar; Quelle: Helaba Research & Advisory

Auf dieser Basis könnten mit spezifischen Äquivalenzentscheidungen die verschiedenen Bereiche der Finanzbranche einzeln geregelt werden, wie es für Clearing und Settlement befristet schon getan wurde. Dies bedeutet, dass britische Richtlinien mit denen der EU als gleichwertig anerkannt werden, wobei die EU diese kurzfristig unilateral aufkündigen könnte. In den beiden unter Stabilitätsgesichtspunkten wichtigen Marktsegmenten Clearing und Settlement gilt zumindest vorübergehende Äquivalenz, was bis Ablauf der Frist Ende Juni 2022 bzw. Ende Juni 2021 neu geklärt sein muss. Gleichwohl ist über die künftige Vorgehensweise beim Settlement bislang nichts offiziell bekannt gegeben worden. Presseberichten zufolge bereitet die EU die europäischen Banken auf die Verlagerung ihrer Euro-denominierten Derivate von London in die Eurozone bis nächsten Sommer vor, um die direkte Aufsicht über dieses großvolumige Marktsegment zu erlangen und damit mehr Autonomie im Finanzdienstleistungssektor Europas.

Das ist eine vielversprechende Perspektive für den Börsenstandort Frankfurt: Die hier beheimatete Eurex Clearing hat im Herbst 2017 erfolgreich ein spezielles Partnerschaftsprogramm mit großen Banken aufgelegt, um in diesem wichtigen Marktsegment zu wachsen. Trotz Dominanz Londons ist die Bedeutung der Eurex Clearing im außerbörslichen Euro-Zinsderivategeschäft während der letzten Jahren deutlich gestiegen. So kommt die Deutsche-Börse-Tochter mittlerweile auf einen Anteil von rund 20 % beim Euro-Zinsderivate-Clearing (ausstehendes Volumen im Frühjahr 2021 von über 20 Billionen Euro). Frankfurt erfährt hier immer mehr Zulauf und ist somit auf gutem Wege zu einer stärkeren Positionierung. Ein Auslaufen der befristeten EU-Äquivalenzgewährung Mitte 2022 würde diese Entwicklung beflügeln.

Wie geht es wohl weiter beim Marktzugang für Finanzdienstleistungen in Relation EU und Großbritannien? Ist noch mit Äquivalenzregelungen zu rechnen? Die EU ist in „no rush“ hinsichtlich des direkten Marktzugangs Londons, strebt sie doch mehr Eigenständigkeit und den Ausbau ihrer Finanzmärkte an. Die für Finanzdienstleistun-

gen zuständige EU-Kommissarin McGuinness betonte schon im Frühsommer, dass etwaige Äquivalenzbehandlungen erst mit Inkrafttreten des MoU wiederaufgenommen würden, und zwar als Einzelfallentscheidungen gerade auch unter Berücksichtigung der britischen Regulierungsabsichten. Bei einer zu großen Divergenz des Regulierungsverhaltens würde die EU keine Äquivalenz gewähren. Jüngst hat die EU-Finanzkommissarin auf der Londoner City Week klargestellt, dass Finanzdienstleistungen nicht isoliert vom politischen Verhältnis insgesamt zu sehen sind. So warte die EU nun zunächst ab, ob Großbritannien den Vereinbarungen des Post-Brexit-Vertrages vollständig nachkomme oder sich für unilaterales Handeln entscheide. Wenn das MoU erst einmal formal verabschiedet sei, werde die EU erwägen, ob sie ihre Arbeiten hinsichtlich Äquivalenz dann wiederaufnehme.

Auch Großbritannien beschreitet selbstbewusst seinen eigenen Weg und will die neue Autonomie zur Weiterentwicklung seines Finanzzentrums nutzen. Die Financial Conduct Authority (FCA) machte jüngst klar, dass Großbritannien nicht um jeden Preis die Äquivalenz anstrebe und auch die Opportunitätskosten berücksichtige, die bei Nichtnutzung der regulatorischen Autonomie zur Verbesserung des eigenen Finanzmarktes entstünden. Die Ende April 2021 verabschiedete Financial Services Bill gilt als erster wichtiger Schritt auf dem Weg, den regulatorischen Rahmen zu modifizieren zugunsten eines weiterhin offenen, dynamischen und global wettbewerbsfähigen Finanzstandortes. Darüber hinaus hat eine Task Force der britischen Regierung regulatorische Reformvorschläge speziell auch für den Finanzdienstleistungssektor gemacht, als sie Mitte Juni ihren Bericht mit Handlungsempfehlungen für verschiedene wachstumsstarke Wirtschaftsbereiche vorgelegt hat. Im weiteren Verlauf dieses Jahres dürfte Großbritannien seine Finanzmarktreformierung weiter konkretisieren. Auf Basis der herausragenden Stellung in der Finanzwelt geht London verstärkt wichtige Wachstumsbereiche an (z.B. Fintechs, Börsennotierungen, digitale Währung, Green Finance). Diese neue Ausrichtung des britischen Finanzzentrums soll auch einen Ausgleich zum nur noch begrenzt möglichen Geschäft in der EU schaffen.

Aufgrund der bisher zähen Entwicklung und gegenwärtigen Haltung beider Seiten ist eine umfassende Äquivalenzregulierung der EU für Großbritannien in näherer Zukunft wenig wahrscheinlich, auch die Möglichkeit einzelner Äquivalenzentscheidungen bleibt erstmal ungewiss. So besteht das Risiko von Regulierungsarbitrage. Schließlich bietet der Brexit beiden Seiten die Gelegenheit, schon länger als unpassend erachtete Regelungen nun für den eigenen Markt zu verändern. Allerdings sollte dies mit Augenmaß geschehen, um einen regulatorischen Wettstreit mit seinen unvermeidlichen Schäden für alle Beteiligten zu begrenzen. Dies ist auch wichtig, um ein Abwandern von Geschäftsbereichen an attraktive alternative Finanzstandorte in den USA oder in Asien zu verhindern. Im Laufe der kommenden Jahre dürften die Finanzstandorte ihre Balance zwischen Autonomie und Interdependenz neu austarieren und partiell andere Schwerpunkte herausbilden – abhängig von Regulierungsmodifikationen hier wie dort. Dementsprechend bleibt abzuwarten, wie sich die europäische Finanzplatz-Architektur mittel- bis langfristig ausgestaltet.

Status Quo bei der Frankfurter Bankbeschäftigung

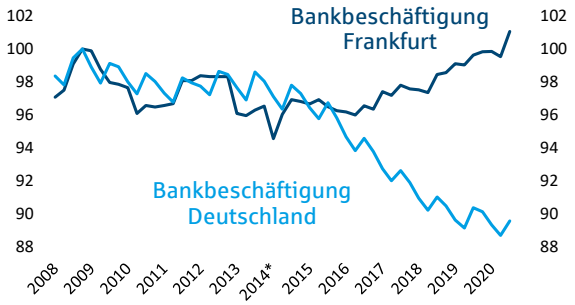
Die Bankbeschäftigung in Deutschland sinkt seit vielen Jahren – nicht so in Frankfurt. Während bundesweit von Ende 2008 bis Herbst 2020 ein Rückgang um 11 % auf knapp 632.000 Bankmitarbeiter zu beobachten war, lag die Frankfurter Bankbeschäftigung zuletzt mit rund 65.500 sogar etwas über ihrem damaligen Stand. So ging es auch in den vergangenen Jahren immer weiter aufwärts mit der Mitarbeiterzahl in den hiesigen Bankentürmen – insgesamt 7 % betrug der Anstieg von Anfang 2014 bis Herbst 2020 (letzte verfügbare Daten und statistischer Sondereffekt Anfang 2014). Damit macht Frankfurt nun weit mehr als 10 % an der deutschen Bankbeschäftigung aus, was vorwiegend auf den innerdeutschen Konzentrationsprozess im Bankwesen zurückzuführen ist. Von der zunehmenden Verringerung der Filialen ist Frankfurt nur in begrenztem Ausmaß betroffen. Ende 2020 gab es hierzulande 24.100 Zweigstellen – beinahe 60 % weniger als im Jahr 2000. Der Corona-bedingt beschleunigte Strukturwandel im Bankensektor hat die Filialen verstärkt an Bedeutung verlieren lassen. Schließlich hat die Digitalisierung des Berufs- wie Alltagslebens, die zur vermehrten Nutzung von Vertriebswegen per Telefon oder Computer führt, durch die Pandemie einen deutlichen Schub bekommen.

Trotz der Sondersituation im letzten Jahr kam es in der Main-Metropole unter dem Strich bis Herbst 2020 zu einem Anstieg um rund 800 Bankbeschäftigte – erstaunlich angesichts der angekündigten Sparprogramme mehrerer Institute. Neben der fortschreitenden Digitalisierung ist auch der Brexit derzeit eine wichtige Determinante der Beschäftigung am deutschen Bankenzentrum. Im Rahmen des mehrjährigen Umstrukturierungsprozesses haben viele Brexit-Banken begonnen, ihre Kapazitäten in der Main-Metropole auf- und auszubauen. Aufgrund von Corona haben aber einige Londoner Institute ihren Geschäftsverlagerungsprozess zeitlich etwas gestreckt, während die Konsolidierung in den deutschen Banken im Lockdown 2020 wohl temporär auf Eis gelegt wurde. Summa

summarum haben die Brexit-bedingten Neueinstellungen die inländische Konsolidierung bislang noch überkompensieren können.

Konzentrationsprozess der Banken auf Frankfurt

Indexiert auf Ende 2008

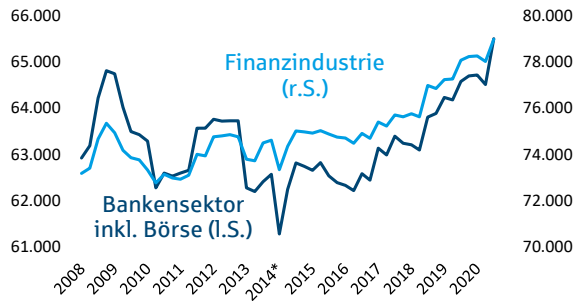


* statistischer Bruch

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Helaba Research & Advisory

Banken als wichtigster Part der Finanzindustrie

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Frankfurter Stadtgebiet



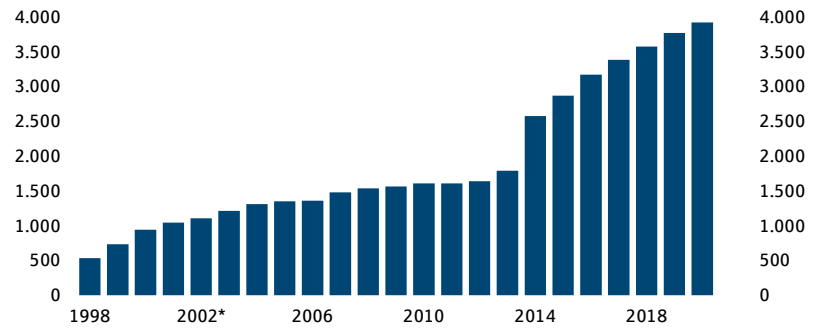
* statistischer Bruch

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Helaba Research & Advisory

Das von uns bevorzugte Aggregat der Frankfurter Bankbeschäftigung setzt sich aus mehreren Wirtschaftsbereichen für das Stadtgebiet zusammen.[3] Damit wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung des Frankfurter Bankensektors inklusive Börse abgebildet. Mit zuletzt 65.500 ist dieses Aggregat kleiner als jenes der gesamten Finanzindustrie (knapp 79.000) – beide bewegen sich aber seit Jahren im Gleichklang. Angesichts der herausragenden Bedeutung der Banken am deutschen Standort fokussieren wir unsere Prognose auf das Aggregat der Frankfurter Bankbeschäftigung. Dabei ist wichtig im Hinterkopf zu behalten, dass es sich um keine regionale Abgrenzung handelt, wie sie zuweilen für andere Finanzzentren verwendet wird.

Beschäftigungsmotor EZB kommt statistisch „on top“

Mitarbeiter (Jahresendstand)



* Vollzeitäquivalente

Quellen: EZB (Jahresberichte), Helaba Research & Advisory

Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Beschäftigten der EZB nicht in diesem Aggregat enthalten sind. Denn Mitarbeiter von EU-Organen sind nicht national steuer- und sozialversicherungspflichtig (eigene EU-Zuständigkeit). Ende 2020 gab es bei der EZB in Frankfurt gut 3.900 Mitarbeiter. Als geldpolitische und aufsichtsrechtliche Instanz der Eurozone ist sie für den Frankfurter Standort von besonderer Bedeutung und übt spürbare Anziehungskraft auf etliche Finanzplatz-Akteure aus: Die Verankerung der EZB in der Main-Metropole zieht tendenziell einen höheren Personalbedarf bei Instituten nach sich, die unter ihrer unmittelbaren Aufsicht stehen. Darüber hinaus suchen auch andere Geschäftsbanken sowie Zentralbanken aus dem Ausland den direkten Dialog mit dieser bedeutenden Institution des europäischen Finanzwesens. So fungiert die EZB als wichtiger Beschäftigungsmotor am deutschen Bankenzentrum.

[3] Definition im Einklang mit der Deutschen Bundesbank, quartalsweise Zeitreihen der Bundesagentur für Arbeit

Prognose für Brexit-Banken und Bankbeschäftigung in Frankfurt

Wie geht es weiter bei den Brexit-Banken? Viele sind gut vorbereitet in das Jahr 2021 gestartet und tätigen ihre Geschäfte mit EU-Kunden nun mittels Einheiten, die sie an Alternativstandorten sukzessive auf- bzw. ausgebaut haben. Speziell die Brexit-Banken haben Frankfurt als Favorit auserkoren, was den Wettbewerb am deutschen Finanzzentrum befördert. Mittlerweile gibt es etliche EU-Zentralen von Auslandsbanken am Main, die durch großvolumige Transfers von Vermögenswerten zunehmend Bedeutung erlangen. Mit nachlassenden Pandemie-Beschränkungen und auch aufgrund des anhaltenden Drucks seitens der EZB kommt es nun wieder zu vermehrten Personalaufstockungen der Brexit-Banken – teils durch Verlagerung bisheriger Mitarbeiter von der Themse an den Main und teils durch hiesige Rekrutierungen.

Schließlich haben die europäischen Aufsichtsbehörden von Anfang an und auch jüngst wieder klargemacht, dass die Brexit-Banken ihre Alternativstandorte zu London mit ausreichenden Mitarbeiterkapazitäten vor Ort versehen müssen. Dazu zählen Führungskräfte im Geschäft mit EU-Kunden ebenso wie Experten für Risikomanagement und Compliance oder auch Händler und Vertriebspersonal. Natürlich löst es keine Begeisterungsstürme aus, wenn Institute ihren Mitarbeitern einen Standortwechsel auf den Kontinent ankündigen, den sie sich nicht selbst aussuchen konnten. Dementsprechend ist die Bereitschaft dazu unter den Londoner Bankern begrenzt, generell und nicht nur mit Blick auf Frankfurt. Hierbei spielen auch familiäre Belange eine Rolle.

Angesichts zahlreicher Standortqualitäten sind allerdings nicht wenige der mittlerweile in Frankfurt angekommenen Brexit-Banker positiv überrascht von der Main-Metropole. Der oftmals skeptische Blick von außen auf Frankfurt liegt auch darin begründet, dass sich das deutsche Finanzzentrum in puncto Selbstbewusstsein durchaus mehr wie sein britisches Pendant verhalten könnte. Scheinbar ungeachtet einschneidender Ereignisse wie der Finanzkrise oder nun dem Brexit präsentiert sich die City immer selbstsicherer. Statt sich von dort das längst überholte Vorurteil der Provinzialität weiterhin anheften zu lassen, kann die Main-Metropole stolz sein auf ihren enormen Wandel im Laufe der Jahre und ihren facettenreichen, eigenen Charakter.

Jobaufbau bei Frankfurter Brexit-Banken



Quelle: Helaba Research & Advisory

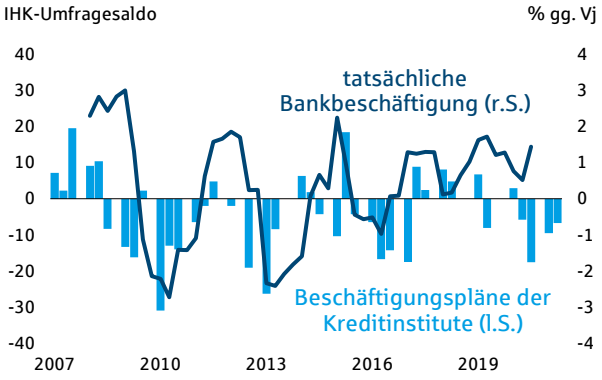
Unsere Prognose eines mehrjährigen Beschäftigungsimpulses durch den Brexit für das deutsche Bankenzentrum von insgesamt 3.500 Stellen gilt weiterhin. Durch die speziellen Herausforderungen und Unsicherheiten der Corona-Pandemie ist der Geschäftsverlagerungsprozess von so manchem Institut vorübergehend hinausgezögert worden. Nun kommt wieder mehr Dynamik in die Brexit-bedingte Umstrukturierung zwecks Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen, nicht zuletzt, weil auch die EZB erst jüngst wieder darauf hingewiesen hat. Mit seiner besonderen Rolle für Brexit-Banken kann Frankfurt in diesem und im nächsten Jahr insgesamt mit rund 1.500 neuen Jobs rechnen. Mittelfristig sind Nachjustierungen der hiesigen Personalkapazitäten in Abhängigkeit von der sich individuell entwickelnden Geschäftsausrichtung und von der regulatorischen Ausgestaltung zwischen EU und Großbritannien im Finanzdienstleistungsbereich zu erwarten.

Der positive Beschäftigungseffekt durch den Brexit dürfte jedoch nicht ausreichen, um die Konsolidierung hierzulande, die sich durch die Corona-Herausforderungen verstärkt hat, zu kompensieren. Schließlich stellt die Pandemie einen großen und zusätzlichen Belastungsfaktor für die deutsche Bankenbranche dar, die in der zunehmend digitalen Geschäftswelt mit einem intensiven Wettbewerb und andauernden Niedrigzinsen konfrontiert ist. Bei zunehmenden Kreditausfällen im Zuge der Corona-Krise ist mit erhöhtem Wertberichtigungsbedarf und Druck auf die Profitabilität der Institute zu rechnen. So lassen die weiterhin fordernden Rahmenbedingungen für das Bankgeschäft für die kommenden Jahre einen deutlichen Beschäftigungsrückgang in den hiesigen Bankentürmen erwarten.

Die weiterhin hohe Unsicherheit angesichts der mittelfristigen Risiken im nationalen wie internationalen Bankensystem kommen nur begrenzt in der Umfrage der Industrie- und Handelskammer (IHK) zum Ausdruck, die dreimal jährlich Einblicke in die Beschäftigungspläne der hiesigen Kreditinstitute gibt. Eigentlich weist dieser Indikator eine gute Korrelation zur tatsächlichen Beschäftigungsentwicklung in Frankfurt auf. Aktuell reicht er allerdings

nicht an die Tiefstände in der Finanzkrise heran. So signalisieren die Umfrageergebnisse bislang einen gemäßigteren Personalabbau am deutschen Bankenzentrum als es in manchen Presseberichten zum Ausdruck kommt.

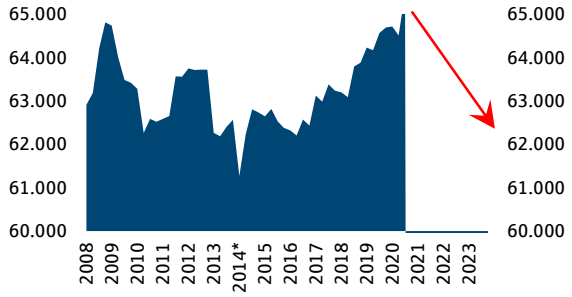
Stimmung in Frankfurter Banken indiziert...



Quellen: IHK Frankfurt, Bundesagentur für Arbeit, Helaba Research & Advisory

...bevorstehenden Beschäftigungsrückgang

Sozialvers.pflichtig Bankbeschäftigte im Stadtgebiet Frankfurt



* statistischer Bruch

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Helaba Research & Advisory

In unserem Prognosehorizont dürfte die Bankbeschäftigung in Frankfurt deutlich sinken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Verlauf von 2020 trotz angekündigter Sparprogramme mehrerer Institute noch zu einem Anstieg gekommen war und damit das Ausgangsniveau für unsere Prognose etwas höher liegt als ursprünglich angenommen. Für Ende 2023 erwarten wir somit einen Stand von etwa 62.200 Mitarbeitern in den Frankfurter Banken, was 3.300 bzw. 5 % weniger sind verglichen mit dem letzten verfügbaren Datenstand von Herbst 2020. Sollten sich im deutschen Unternehmenssektor allerdings mehr Verluste materialisieren als es vor dem Hintergrund des bisherigen Verlaufs der Corona-Krise absehbar ist, würde dies die Belastungen für die deutsche Bankenbranche erhöhen mit entsprechenden Auswirkungen auf den Konsolidierungsprozess. In jedem Fall ist die Pandemie eine sehr spezielle Situation mit weitreichenden Konsequenzen für viele Lebens- und Arbeitsbereiche, die auch ihre Spuren am deutschen Bankenzentrum hinterlässt.

So herrschen am Finanzstandort Frankfurt erst einmal weiter besondere Zeiten mit mannigfaltigen Herausforderungen, aber auch Chancen durch großvolumige Geschäftsverlagerungen etlicher Brexit-Banken. Zur erfolgreichen Weiterentwicklung sollte das deutsche Finanzzentrum eine selbstbewusste, konzertierte Vermarktung betreiben, Innovationspotenziale aktiv nutzen und wichtige Trends entschlossen mitgehen. Allem voran ist das Thema Nachhaltigkeit bzw. Klimawandel konsequent zu verfolgen: „Sustainable Finance“ ist unerlässlich beim Wandel zum Weltwirtschaftssystem der Zukunft und wird damit auch zu einem immer bedeutenderen Wettbewerbsfaktor im internationalen Finanzplatzgefüge.[4] Frankfurt als Herzstück des deutschen Bank- bzw. Finanzwesens kann mit zahlreichen Qualitäten aufwarten und mit fokussiertem, selbstbewussten Engagement gut auf seinem nachhaltigen Weg voranschreiten.

[4] Vgl. Helaba Research & Advisory: „**Nachhaltigkeit in der EU: Facetten- und folgenreich**“ (Juni 2021) und „**Finanzplatz-Fokus: Frankfurt auf nachhaltigem Weg**“ (März 2020)



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:
https://news.helaba.de/research/

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory
Redaktion Dr. Stefan Mitropoulos
verantwortlich
Dr. Gertrud R. Traud
Chefvolkswirtin/Head of Research & Advisory
Neue Mainzer Str. 52-58
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069/91 32-20 24
Internet: http://www.helaba.de

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.